

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 getheilte Millimeterzeile oder deren Raum...

Organ der SPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 2 Malen...

7. Jahrgang.

Freitag, 27. März 1925

Nummer 67

SPD.-Monarchismus

Was die schlesischen SPD.-Blätter verschweigen.

Breslau, 27. März.

Je näher der Wahltag rückt, umso schamloser, dummdreister wird die Haltung der SPD.-Presse.

So brachten vor einigen Tagen „Volkswacht“, „Bergwacht“ und natürlich auch die übrigen Provinzblätter die Notiz, daß ein angeblicher Kommunist in Bremen in einer Gewerkschaftsversammlung erklärt hätte, die Kommunisten würden im zweiten Wahlgang lieber Jarres als Braun wählen.

Am 24. März schreibt das Lügenblatt über die Aussagen Jehrenbachs wörtlich folgendes:

„Im Rothardtprozess wurde der ehemalige Reichsstaatsanwalt Jehrenbach vernommen, der zu Beginn seiner Vernehmung erklärte, zu den eigentlichen Vorgängen im Jahre 1918 aus eigenem Erleben nichts sagen zu können.

Das ist alles! Das sozialdemokratische Schwindelblatt unterläßt natürlich bewußt den größeren und wichtigeren Teil der Aussagen Jehrenbachs.

„In der Woche vor der Revolution kam Ebert in mein Arbeitszimmer und erzählte, wie er in zwei Versammlungen von dem revolutionären Gedanken abgeraten habe.

Diese Aussagen Jehrenbachs lassen natürlich den Glorienschein des großen „Republikaners“ Ebert in einem recht bedeutenden Lichte erscheinen.

„Ebert war durchaus kein Revolutionär. Er hat mir öfter angeboten, er und seine politischen Freunde seien wohl Sozialdemokraten, aber sie könnten ihr Ziel auch innerhalb einer vernünftigen Monarchie erreichen.“

Auch das hat die „Volkswacht“ unterschlagen. Während der Berliner „Vorwärts“ zugegeben hat, daß Ebert für

die Erhaltung der Monarchie eingetreten sei, angeblich, um die Einheit Deutschlands zu retten, verschweigt die „Volkswacht“ das bestürzt. Sie wagt es nicht, ihren Lesern das wahre Gesicht Eberts zu zeigen.

Wahrlich edle Republikaner, die Ebertpartei! Und da wagt die Gesellschaft es heute noch, ihren Kandidaten als die einzige Garantie für die Republik hinzustellen.

Ob Braun oder Jarres, darin ist für die Arbeiterschaft kein Unterschied. Beide werden nur Interessenvertreter der Bourgeoisie, nur Drahtpuppen der monarchistischen Reaktion sein.

„totfranke“ Scheidemann aus dem Ebertprozess.

Magdeburg, 27. März. Man ist in der gestrigen Sitzung noch immer nicht einig. Dafür wurde aber ein Mittel des Kreisarztes von Kassel vorgelegt, daß Scheidemann vor Ablauf von drei Monaten nicht als Zeuge vernommen werden könne.

Vom Tage.

Die Genossin Redakteur Johannes Knoth aus Frankfurt a. M. wurde wegen Vergehen gegen das Republikuschengesetz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Generaldirektor der Reichsbahn, Döber, ist schon seit längerer Zeit erkrankt. Als sein Vertreter ist nunmehr der Staatssekretär a. D. Dr. Stiel er für zwei Monate beauftragt.

In der Antiklerikal-Anglegenheit erfolgte gestern die Verhaftung des Rechtsanwalts Beck und des Kaufmanns Rothe.

Mussolini ist wieder genesen. Als er gestern zum ersten Male die Kammer betrat, wurde er von rühmlichen Abgesandten mit dem Ruf: „Es lebe Mussolini!“ empfangen.

bigung will unter Eid feststellen lassen, daß Scheidemann noch am 23. März in der Stadtverordnetenversammlung zu Kassel längere Zeit gesprochen und daß er am Abend desselben Tages in Homburg v. d. S. und Umgebung verschiedene Versammlungen selbst abgehalten habe.

Als Zeuge wurde gestern noch der Soldatenrat Richard Müller, der eine genaue Schilderung der Vorgänge bei den einzelnen Sitzungen der Streikleitung gab.

Um das Verbot der SPD.

Der wahre Sinn des Lochspitzelprozesses.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 27. März.

Im Lochspitzelprozess hatte in den letzten Tagen der Untersuchungsrichter Vogt umfangreiches, aber lächerliches Material über die SPD. verbreitet. Die ganzen Ausführungen des Untersuchungsrichters Vogt sollen den Beweis für die Notwendigkeit des Verbotes der SPD. bringen.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 27. März.

„Es geht mit der politischen Wertung der SPD. darum, ob diese Partei in einem geordneten Staatswesen Ausbildung beanspruchen kann oder nicht.“

Das ist des Ruidels Kern. Es geht in diesem ganzen Lochspitzelprozess ja gar nicht um die Verurteilung einiger Loch- und Lochspitzel, sondern um die Verurteilung der SPD.

Der schwarz-rot-goldene Demokrat Riedner will die SPD. verbieten. Die Arbeiter werden diesen Plan zu vereiteln wissen und schon bei der kommenden Wahl ihre Sanftmütigkeit für die einzigste Arbeiterpartei, die SPD., dadurch bekunden, daß sie ihre Stimme geben dem roten Arbeiterkandidaten.

Ernst Thälmann.

Wer Braun wählt, wählt Barmat! — Wer Jarres wählt, wählt Friedrich Wilhelm von Dels! Jede Arbeiterstimme für Ernst Thälmann!

Krise im Kohlenyndikat.

Ein Beispiel eberlischer Wirtschafts-demokratie.

Parallel mit der Kohlenkrise geht eine Krise im Kohlenyndikat. Das Kohlenyndikat als Kartell der Kohlenhändler in Westfalen, das im Jahre 1893 als Syndikat der Obersten Seeres-leitung entstand, sozialdemokratischen Handelsministers Sie- ring mühsam zusammengeführt, wird durch neue Vorstöße der Konzern-Magnaten von neuem in seinem Bestand erschüttert.

Das Kohlenyndikat, aus dem Jahre 1893 stammend, war ursprünglich ein Zusammenschluß der Zechenherren zur Regu-lierung der Preise und im Anschluß daran zur Regulierung der Produktion im Interesse der Aufrechterhaltung der regulierten Preise. Bestand die Gefahr, daß die Preise durch eine zu große Förderung gesenkt würden, so schränkte das Syndikat die För-derung entsprechend ein, um eine künstliche Kohlennot herbei-zuführen. Die Leidtragenden dieser Produktionsabotage der Zechenherren waren und sind die Kohlenverbraucher; neben den breiten Massen die ganze weiterverarbeitende Industrie.

Der Zweck des Syndikats in seiner ursprünglichen Form als der Zusammenschluß gleichberechtigter Kohlenzechen-Unter-nehmer ist die Konkurrenz der Zechenbetriebe gegeneinander auf dem Absatzmarkt zu beseitigen. Doch mit der Regulierung der Förderung, der Kohlenpreise und der Schaffung eines Absatz-organisations des Kohlenyndikats hat die Konkurrenz der Zechenbetriebe nicht aufgehört; sie hat nur andere Formen ange-nommen. Sie ist vom Absatzmarkt in das Syndikat selbst hineingelegt worden, das die Aufhebung der Konkurrenz zum Ziele hatte.

Schon in den ersten zwei Jahrzehnten nach Gründung des Kohlenyndikats gingen die Kapitalisten Zechenbesitzer daran, sich Hüttenwerke anzuschließen oder Hüttenunternehmungen er-warben sich Zechen (es war die Zeit der beginnenden Verdrängung der Montan-Industrie). Die Kohlen- und Koksanlagen, die die Zechen an ihre eigenen Hütten lieferten, der sogenannten Selbst-verbrauch der „gemischten Zechen“, unterlag nicht der För-derbeschränkung durch das Syndikat, da diese ja nur die Pro-duktion für den Markt betraf und der Selbstverbrauch nicht auf den Kohlenmarkt kam. Es ergab sich bei Abzählungen, daß die Hütten-Zechen voll fördern konnten, ja sogar noch Ueberschüs-sen verführten, während die „reinen“, nicht an Hüttenwerke an-gegliederten Zechen Hüttenbesitzer einlegen mußten. Das hat dazu geführt, daß schon vor dem Kriege ein Teil der reinen Zechen bankrott machte und von den Besitzern der Hütten-Zechen aufgekauft wurde. Damit wuchs der Einfluß der ge-mischten Zechen im Syndikat. Ihre Beteiligung am Absatz und damit ihr Stimmrecht in der Generalversammlung erhöhte sich. Dieser Gegensatz zwischen den reinen und gemischten Zechen hat schon vor dem Kriege zu erbitterten Kämpfen, zu langjäh-rigen bis zum Reichsgericht durchgeführten Prozessen der reinen gegen die gemischten Zechen und umgekehrt geführt.

Die durch die Inflation künstlich geförderte Konzentration des Schwerkapitals, das Maschinen der Montan-Konzerne nach dem Kriege hat dazu geführt, daß heute die großen Konzerne an dem Absatz des Syndikats mit 61,73 Prozent beteiligt sind. Sie beherrschen die ihrer Form nach scheinbar demo-kratische Vereinigung der Zechenbesitzer. Sie machen das Kohlen-yndikat zu einem Herrschaftsmittel im Interesse der Montan-konzerne.

Das kam schon demüthig zum Ausdruck, als nach Auf-hebung der Kohlenabgabewirtschaft im letzten Jahre die Er-neuerung des Syndikats auf der Tagesordnung stand. Die reinen Zechen wollen nicht die Rechte ihrer Selbstständigkeit durch die Kartellbildung der Montan-herren ausüben. Sie wollten nicht alle Lasten einer Förderbeschränkung bei Kohlen-krise tragen, während die gemischten Zechen auf dem Umwege über das Selbstverbrauchsrecht ihre Produktionsanlagen voll ausnutzen und deshalb auch billiger produzieren können, als die durch die Erbschranke an der vollen Ausnutzung ihrer An-lagen gehinderten reinen Zechen.

Weiter haben während des Krieges und nach ihm die großen Montanzechen eigene Kohlenhandels-gesellschaften sich angegliedert, die neben dem Syndikat sich ihre Märkte organisierten.

Bei der Gründung der Ruhrkohle-A.G. haben die Konzern-herren gefordert: Sie haben die Anerkennung ihrer Kohlenhan-dels-gesellschaften, sie haben ihr Selbstverbrauchsrecht durchgesetzt. Sie haben es durchgesetzt mit Hilfe des sozialdemokratischen Handelsministers Sie ring, der durch Verordnung die reinen Zechen gezwungen hat, dem Syndikat beizutreten. Die Ruhr-kohle-A.G. ist ein Zwangs-syndikat im Interesse unter der Vor-herrschaft des Schwerkapitals, entstanden durch sozial-demokratische Verordnungen unter der Präsidentschaft Otto Eberls.

Jetzt wird wieder in der Ruhrkohle-A.G. über ihre Um-gestaltung verhandelt. Wieder wird, außer über die Frage der Zechenhandels-gesellschaften über die Frage des Selbstver-brauches gestritten. Jetzt, da die Abzählung wärel, in die Regelung des Selbstverbrauchs für den Bestand des Syndikats dringend geworden. Thyssen und Rheinisch als die Führer der Montanzonzerne im Kohlenyndikat, widerlegten sich jeder Einräumung des Selbstverbrauchsrechtes. Sie wider-legten sich jeder Regelung, die den Erwerb des Selbstver-brauches, d. h. die Verdrängung von Zechen mit Hütten-werken, erschweren will. Früher mußte die Zechen, die eine Karte, die hätte, die eine Zechen erwerben wollte, im Besitz von 21 Prozent der Aktien der zu erwerbenden Gesellschaft sein, wenn sie sich des Selbstverbrauchsrechtes sicher wollte. Dem Rheinisch-Konzern ist es aber jetzt vor der Gründung der Ruhrkohle-A.G. gelungen, mit nur 15 Prozent der Aktien des Rheinisch-Konzerns das Selbstverbrauchsrecht zu erlangen. Rheinisch ist damit zum alleinigen Lieferanten des zweitgrößten Kohlenverbrauchers in Deutschland, eben des Rheinisch-Konzerns, ge-worden. Es ist klar, daß Rheinisch und die anderen Konzern-magnaten nicht daran denken, viele „kohlenverarbeitende Werke“ anzuschließen oder sich die Möglichkeit zu verschaffen, im Zukunft ebenso billig oder gar „Kohle“ zu erwerben.

In welcher Weise die Gegenüber gelöst werden, ist heute noch nicht klar. Eines steht aber fest: die Einigung wird die Ruhrkohle-A.G. noch mehr als bisher zu einem Instrument der Konzernmagnaten machen. Sie wird eine Einigung auf Kosten der wirklichen Massen, auf Kosten der Steuerzahler sein, die die Kohlenpreise weiter erhöht, die das Anreizsystem noch weiter verschärft, die zugleich mit höheren Preisen für die Konzernmagnaten die Abzählung fortbewahrt läßt.

Nach dem Kohlenyndikat den Kohlenbesitzer fortsetzen, kann es durch den Druck seiner Beschränkungen im Vertriebsgebiet der Dames-Kohlenwerke die Löhne erschöpfen (wegen der Vertriebs-löhne erhöht werden), kann es die von allen, auch den reinen Zechen, auf die Löhne Kohle erhebende Umlage von 150 Mark weiter erhöhen, kann es die Be-gabten bei Hungerlöhnen und Verdrängung weiter in die Arbeitslosigkeit einmünden, dann ist es

auch reich genug, die wachsenden Salbenbestände der Zechen-besitzer zu bezahlen. Dann reicht der Profit, der selbst bei ge-ringem Kohlenabfall herausgeschlagen wird, immer noch aus, um hohe Dividenden zu verteilen und die Zechen auszubauen; zumal wenn, woran nicht zu zweifeln, Jarres oder Braun als Reichspräsidenten sich ebenso wie Marx unter Eberl bereithalten werden, durch Liebesgaben aus den Steuergrößen der „Wertfähigen“ die „mitleidenden“ Zechenherren auf Staats-kosten zu unterstützen.

Kartelle und Syndikate werden von den Hüttenbesitzern als Vorstufen der sozialistischen Wirtschaft, ja als Form auch der sozialistischen Wirtschaftsgestaltung bezeichnet, denen nur die Demokratie fehle, um im Interesse der wertfähigen Massen zu funktionieren. Die Entwicklung des Kohlenyndikats zeigt, wie die Entwicklung der Eberl-Republik, daß politische und wirt-schaftliche Demokratie im Rahmen des bürgerlichen Staates und im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur poli-tischen und wirtschaftlichen Diktatur einer Clique von Konzern-magnaten führen.

Diese Diktatur der Schwerkapitalistenclique in Staat und Wirtschaft hat Eberl in den Sattel gesetzt, der von Sinnes Gnaden Reichspräsident geworden ist. Wirtschafts-demokratie in der kapitalistischen Wirt-schaft ist genau so eine Illusion wie politische Demo-kratie in der Eberl-Republik. Die Frage steht nicht: Wirt-schafts-demokratie oder Kartell und Konzern. Herrschaft des Großkapitals oder freie Konkurrenz, sondern Kapitalismus oder Sozialismus.

Das Kreuz ins 7. Feld Ernst Thälmann!

Otto Braun Ministerpräsident a. D. und R. d. R., Berlin	○
Dr. Heinrich Feld Bayrischer Ministerpräsident, München	○
Dr. Willi Hellpach Badischer Staatspräsident, Karlsruhe	○
Dr. Carl Jarres Reichsminister a. Z., Oberbürgermeister, Duisburg	○
Griß Ledeborch General der Infanterie a. D., München	○
Wihelm Marx Kreuz. Ministerpräsident u. R. d. R., Berlin	○
Ernst Thälmann Transparatführer u. R. d. R., Hamburg	+

Belehrt Freunde und Bekannte, wie und wen sie wählen.

Gegen den Lencuch-Projekt.

Wien, 2. März.
Gestern Abend fand in Wien ein Protestmeeting gegen den Lencuch-Projekt statt. Lencuch wurde als Ehren-mitglied in das Reichstages gewählt, außerdem noch Lep-ichinsky, Barty, Jim Parria und andere. Alle Redner schloßten die Schwärze des wahren Lencuch in Wien. Das Meeting nahm eine Protestresolution an und richtete an Pan-cuch ein Protesttelegramm. Nach dem Meeting ver-fassten die Teilnehmer vor dem Gebäude der polnischen Bot-schaft ein Demonstrations- und konnten nur von der Wache aufge-halten werden. In den Räumen der polnischen Botschaft fand hohe Besichtigung zu sehen. „Hände weg von Lencuch! Es lebe Lencuch!“

Die Grafen der roten Hilfe laudete nach Protest dem Reichstages des Reichstages, ferner an Lencuch ein Tele-gramm, worin die Protestschreibungen der ganzen Welt auf-geführt werden und ein Protest gegen die Schließung der Türen des Reichstagesgebäudes erhoben wird. Sie richtete gleichzeitig ein Protesttelegramm an die Reichstages.

Parteiung der kommunistischen Partei Polens.

Wien, 25. März.
Hier hat in diesen Tagen der dritte Kongreß der kommunistischen Partei Polens stattgefunden. Inzwischen waren Tele-gramme aus allen Ländern Polens und auch Telegramme der kommunistischen Partei des westlichen Reichslandes, der west-lichen Ukraine und der kommunistischen Jugendverbände. Im ganzen nahmen an der Tagung mehr als 60 Personen teil. Der Kongreß bestätigte einstimmig die Wichtigkeit der Revolution des 5. Kongresses und gab eine Demonstration gegen sich und den Reichstages, die der Sozial-ist gegenüber den Reichstages des Kongresses erklärte. Der Kongreß wählte eine feste Leitung und nahm eine Reihe außer-ordentlich wichtiger Beschlüsse an: über die taktische Situation, über die Parteiverfassung der Partei, die Arbeit unter den Bauern usw.

Der Aufstand in Kurdistan.

Von Ad. (Jerusalem).

Der plöcklich ausgebrochene Aufstand der Kurden in der Türkei hat ernste Formen angenommen. Die Türken haben sich gezwungen gesehen, eine Armee von 40 000 Mann zu mobilisieren. Die Angora-Regierung hat zur Unterdrückung des Auf-standes eine ansehnliche Summe aufwenden müssen, hat aber bis jetzt noch nicht durchgreifende Erfolge erzielt.

An der Spitze der Aufständischen steht Scheich Saib. Dem Aufstand werden religiöse und nationale Gründe untergeschoben. Einerseits werden die Kurden für die Wiederherstellung des von den Kemalisten am 2. März abgeschafften Kalifats, andererseits für die Errichtung eines selbständigen Kurdistan in den Aufstand geführt.

Die Kurden sind ein kleines Volk von ungefähr drei Mil-lionen Menschen, die unter drei Staaten aufgeteilt sind: Türkei, Irak und Persien. Die kulturelle und materielle Lage der kurdischen Bevölkerung ist sehr niedrig; die Mehrheit der Kurden lebt als Nomaden oder Halbnomaden auf den Bergen und in den Schluchten und auf der Ebene in Zeltlagern, und betreibt Viehzucht. In den Städten werden die Kurden als Lastträger oder zu ähnlichen Arbeiten verwendet.

In der alten Türkei hatten die Kurden die gleiche Rolle gespielt, wie die Kosaken im zaristischen Rußland. Sie wurden in besonderen Kavallerieabteilungen zusammengestellt, die nach ihrem Gründer, dem Sultan Abdul Hamid „Hamidi“ genannt wurden.

Die Kurden befinden sich in ständigem Kampfe mit den benachbarten Nomadenstämmen sowie mit der Regierung, die ihre Herden mit schweren Steuern belastet, und führen auch wegen des Weiderechtes fortgesetzte Kämpfe.

Jetzt, nach dem Weltkriege, befinden sich die Kurden zwi-schen Hammer und Ambos. Da sie einen bedeutenden Teil der Bevölkerung des Mossul-Gebietes bilden, sind sie zur Zeitfeste der imperialistischen Pfeile und zugleich zu einem Kampfmittel der Imperialisten geworden. Der jungtürkische Imperialismus begründete seine geschichtlichen Rechte auf Mossul damit, daß es von den Kurden bewohnt sei. Die Engländer dagegen be-haupten, daß die Kurden und die Türken nichts gemein haben, und darum sollte Mossul den — Kapitalisten zufallen. Bekanntlich zog sich der Kampf um Mossul während der ganzen Nach-kriegsperiode hinaus, und weder der Friedensvertrag von Sevres noch der später an seine Stelle tretende Vertrag von Lausanne, noch auch die zahlreichen englisch-türkischen Konferenzen, Kom-missionen usw. waren imstande, irgendeine Lösung dieser hart-umstrittenen Frage herbeizuführen.

Unterdessen aber versuchten die oben erwähnten Faktoren, den Mossulfrage eine Lösung de facto zu geben. Wiederholt haben die türkischen Grenztruppen Mossul einfach zu überfallen und es dadurch in ihren Besitz zu bringen. Die Regierung von Mesopotamien (Irak) beantwortete mit Hilfe der englischen Luftflotte die türkischen Ueberfälle mit regelrechten Bombardements. In dem Konflikt zwischen den englischen und türkischen Imperialisten nimmt die Mossulfrage einen wichtigen Platz ein.

Das Erdöl von Mossul ist nicht nur in der Mechanik, sondern auch in der Politik zu einem der wichtigsten Grundstoffe geworden. Die Anglo-Persische Oelgesellschaft hat im Gebiet von Mossul mehr als 300 Kilometer Oelleitungen gebaut, die im Monate mehr als 32 Millionen Liter Petrokum fördern. Schon im Jahre 1919 hatten die Engländer im Vertrag von Sevres einen Punkt festgesetzt, der die Bildung eines selbständi-gen kurdischen Staates vorsieht. Ein selbständiges Kurdistan aber bedeutet das Ende aller türkischen Ansprüche auf Mossul.

Nach vielen Zusammenstößen und gegenseitigen Angriffen übernahm endlich der Völkerbund die Mossulfrage zur Ent-scheidung. Lange Zeit wollten sich die Türken dem „ehelichen“ Urteil des Völkerbundes nicht anvertrauen. Sie träumten nämlich davon, die Frage mit Hilfe ihrer eigenen Armee irgend-wie lösen zu können. Aber nun mangle sich Frankreich ein, das schon längst mit einem Auge nach Mesopotamien auf die Tätig-keit der Anglo-Persischen Oelgesellschaft von Mossul gefaßt hatte und gerne seinem englischen Verbündeten in der Kürden-falle möchte. In diesem Zwecke wolken sie sich als „neutrale“ Richter aufspielen.

Der Völkerbund, in dem Frankreich eine große Rolle spielt, deutet an, daß er mit Tatsachen rechnen werde. Die Türken nahmen diese Andeutung auf und bemühten sich, bis zur Sitzung des Völkerbundes mit Tatsachen aufzuwarten, das heißt, sie wollten von Mossul tatsächlich Besitz ergreifen. Frankreich brühte natürlich eine Zeitlang die Augen zu. Französische Generale und Diplomaten begannen die türkische Hauptstadt Angora zu besuchen, kurz, an den Mossul-Grenzen wurde es lebendig.

In dem Augenblicke aber, da die Franzosen mit den Türken zu Verhandlungen begannen, unternahm die hochwürdigsten Lords und Völkler Reisen durch Mesopotamien und ließen Abordnun-gen aus Mossul nach Mesopotamien kommen, kurz, von beiden Seiten wurde fleißige Arbeit geleistet.

Das Ergebnis ist der Aufstand in Kurdistan, der gerade-pünktlich vor der Entscheidung der Mossulfrage zum Ausbruche gebracht wurde. Wenn der Völkerbund Tatsachen verlangt, so bemühen sich eben beide Seiten, die Tatsachen zu liefern. Wenn die Türken mit den Kurden auf ihrem eigenen Gebiete nicht zurechtkommen können, so beweist das doch, daß sie mit den Kurden im Gebiete von Mossul auch nicht zurechtkommen würden. Darum war die Inszenierung des Aufstandes der Kurden auf dem Gebiete der türkischen Republik notwendig, dem die Wiederinszenierung des ehemaligen Sultans zum Kalifen als Ziel unterworfen wurde. Selbstverständlich spielen englische Geld und englische Waffen in diesem Aufstande eine große Rolle.

Frankreich hat als Gegenzug der türkischen Regierung die Erlaubnis gegeben, Syrien als Durchgangsgebiet zu benützen. England hat dagegen sofort protestiert und dies damit begründet, daß es unzulässig sei, sich in den Streit der Kurden und Türken, also in fremde Angelegenheiten, einzumischen (!)

Der Aufstand der Kurden ist ein neues Aufstufmanöver des englischen Imperialismus im hohen Osten.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks in Griechenland. Sie offizielle griechische Telegraphenagentur berichtet, daß der Streik der Eisenbahner beendet sei und daß die Streikenden die Arbeit beimangellos wieder aufgenommen hätten. Der „For-wärts“ knüpft an diese offiziöse Meldung die freche Bemerkung, daß es sich hier wieder um eine jener schweren Niederlagen zu handeln scheint, in die die Kommunisten anwachsende Arbeiter-Verbindungen.

Konst. Wahlrecht in Ägypten. Die englische Regierung hat ein neues Wahlrecht ausgearbeitet, wonach an das Wahlrecht bestimmte Bedingungen an „Reich und Bildung“ geknüpft werden. Die englisch-ägyptische Regierung versucht damit, der Masse der weitausgehenden ägyptischen Bevölkerung das Wahlrecht zu nehmen und versucht zugleich damit, die Partei Zaglul Paschas zu unterdrücken.

Ein Sozialdemokrat verhindert eine Untersuchung.

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 27. März.

Hier wurden zwei Verge der Staatlichen Frauenklinik in Dresden wegen fahrlässiger Ebnung beurteilt. Die Chemiker "Vollstimmte" kritisiert daran die Bemerkung, daß die Zustände in dieser Klinik schon lange einer gründlichen Untersuchung bedürften. Die Untersuchung wurde auch eingeleitet, durch den sozialdemokratischen Innenminister Müller aber niedergeschlagen.

Ein Sozialdemokrat verhindert also die Aufdeckung von Gefahren, die nur Proletenfrauen treffen. Das ist "Arbeiterpolitik".

Der Konkurrenzkampf der „Geistigen“ im Dabes-Deutschland.

Nachdem die demokratische Presse sich im halbenlangen Aufzählen all der „deutschen Geistesherden“ brüht, die für den treu-tauschen Demokraten Heilpaß stützen wollen, ist der Konkurrenzkampf der Parteien riesengroß. Flugs bauen sie eine Gegenliste von „wirklich nationalen Männern“, von „herorragenden Vertretern deutscher Kultur“, auf der sich u. a. folgende Exemplare deutschen Geisteslebens befinden:

5 Minister und 1 General

bieten sich als Präsidenten der kapitalistischen Republik an.

1 Arbeiter

soll Präsident der sozialistischen Republik sein. Ein Arbeiter wird nicht nur fünf Minister und einen General in Ketten schlagen, sondern sich an die Spitze des Arbeiterheeres stellen, das die gesamte bürgerliche Gesellschaft zum Teufel jagt.

Zu ihrem Führer wählen die ausgebeuteten Massen den Arbeiter

Thälmann

Oberforstater Egerich, Geh. Oberfinanzrat Bang, Adelsmarschall von Berg-Marckens, Generalleutnant a. D. Schwarze, Hofprediger Dr. Döhning, Geh. Kirchenrat Prof. D. Eger, Hofprediger Wtl. Dr. Vogel usw. — eine ganze Galerie von bestreuten und talartförmigen Voll- und Halbbildeten.

Wie wir hören, läßt das Aufzählen solcher „Geistesherden“ im bürgerlich-reaktionären Lager die Sozialdemokraten, besonders Thälmann und Braun, nicht zur Ruhe kommen. Die Sozialdemokratie plant an diesem Konkurrenzkampf der „Geistigen“ sich zu beteiligen. Sie wird ebenfalls mit einer Liste „geistiger, deutscher Männer“ herauskommen, die den Gewerkschaften a. D. Braun wählen wollen. Die Liste soll folgendermaßen beginnen:

Maat, Julius, Salomon, Henry Barnat, von Bernat Schöber, Erich Ruttner, Gustav Koste, von Bernat Arbeitermörder, Ernst Thälmann, Wilhelm Richter, von Bernat Schöbergehülfe und Arbeitervertreter usw.

Der deutsche Arbeiter wählt weder einen offenen noch verkappten Monarchisten, keinen abgehaunten Minister zum Reichspräsidenten, sondern einen Arbeiter, den roten Arbeiterhandwerker

Ernst Thälmann.

Vom Aufwertungschwandel.

Endlich soll das Aufwertungsgelei kommen. Die Bürgerblöckregierung kündigt an, daß es fertig ist: gerade noch früh genug, um vor der Präsidentenwahl den Dummheit vorzuschwindeln, daß der Schwarz-weiß-rote Verfassungsvorschlag der Mann der Aufwertung sei. Die Bürgerblöckregierung verhandelt zugleich, daß das Aufwertungsgelei am Freitag veröffentlicht wird: gerade spät genug vor der Wahl, daß die kleinen Sparrer und um ihre Kriegsanleihen durch Gude und Poff und Stinnes Betrogenen den plumpen Schwindel nicht merken, den der deutschnational eingesäete Bürgerblöck mit dem Geschenkwurf an ihnen verübt.

Denn der Aufwertungsplan der Lutherregierung begründet in Wirklichkeit die letzten Hoffnungen aller Dorer, die immer noch auf die Wiederherstellung ihrer durch die dritte Steuerordnung über den Kopf in einen Fehler Papier verwandelten Kriegsanleihen und Münzgelde geglaubt hatten.

Mit dem Geschenkwurf brechen die Deutschnationalen, die die entscheidende Rolle in der Bürgerblöckregierung spielen, einseitig ihre Wahlversprechungen. Sie entlarven sich als Schwindelkünstler und Fiesler, den Feinden aller Aufwertung zugunsten der Werttätigen, die sie ausgeplündert haben.

Die drei Sondergesetze zur Aufwertung verspricht die Lutherregierung.

Der eine bezieht sich auf die Hypothekenaufwertung. Ueber ihn wird noch nichts näheres verraten. Es wird also im wesentlichen dabei bleiben, daß die Hypothekendarlehen der kleinen Rentner nach dem Satz der dritten Steuerordnung, d. h. auf 15 Prozent im Jahre 1932, aufgewertet werden, d. h. daß denen, die heute hungern, ein in über sieben Jahren fälliger Wechsel auf eine Konturdividende von 15 Prozent ausgestellt wird.

Der zweite Aufwertungsplan bezieht sich auf die Kriegsanleihen. Von denen werden von vornherein 95 Proz. ihres Nennwertes gestrichen. Ganze 5 Prozent des Nennwertes, also von 100 Mark 5 Mark, erkennt die deutsche Republik des Bürgerblöcks den Anleihegebern gegenüber an. Sie durch Helfertichs und Lüdendorffs Kriegslügen sich ihre Spargroschen haben abblenden lassen.

Das ist aber noch nicht alles. Sie auf 5 Proz. aufgewerteten Anleihen werden sogar verzinst. 40 Millionen sollen im Dabes-Budget als Anleihezinsen ausgeworfen werden. Nach einer Regierungsdienstreife erfordert die Verzinsung von 0,5 Prozent der nominalen 28 Milliarden Mark Kriegsanleihe rund 390 Millionen Mark jährlich. 40 Millionen sind etwa der zehnte Teil jener Summe. Mit anderen Worten:

Die Konturdividende der deutschen Republik bietet ihren Gläubigern eine Dividende von einhalb pro Tausend.

Ein feiner Staatsbankrott auf Kosten der Werttätigen, vollzogen von der Bürgerblöckregierung unter Führung der deutsch-nationalen Aufwertungschwandler.

Der Kohl wird für die betrogenen Sparrer auch dadurch nicht fett, daß diese Scheinaufwertung „fiktional“ angeordnet wird. Es sollen nämlich alte und neue Anleihebesitzer unterschieden werden: solche, die ihren Anleihebesitz nachweislich vor dem 1. Januar 1920 erworben haben und solche, die erst später Anleihebesitzer geworden sind. Für jene sollen zunächst die 40 Millionen reserviert werden, während für diese, also

die Kriegsanleihebesitzer.

a la Michael, noch einmal 40 Millionen ausgeworfen werden, die nach den Reparationszahlungen rangieren.

Da jedoch allem Anheim nach außer den Kriegsanleihen alle Staatsanleihen aufgewertet werden, und die 40 Millionen Zinsenfonds auf alle Anleihen sich verteilt, so bleibt es trotz allem bei einer Verzinsung von einhalb bis bestenfalls ein Drittel pro Tausend.

Für Sozialrentner soll eine Sonderverzinsung von 2 Prozent vorgesehen sein. Das sind auf 100 Mark Anleihe-Nennwert ganze 10 Pfennig; denn die 100 Mark gelten ja nur noch 5 Mark und 2 Prozent von 5 Mark sind 10 Pfennig. Man sieht, die deutschnationalen Volkstrenner sorgen mit für die Verarmen der Armen.

Zur „Beruhigung“ fügt der deutschnational „Tag“ hinzu, daß die Bevorzugung der Sozialrentner noch nicht feststeht, weil die Mittel dazu fehlen. Dabei ergeben die Lohn- und Umsatzsteuer samt Zöllen und Verbrauchssteuern einen Ueberschuß von rund einer Milliarde.

Die deutschnationalen Lutherregierung bricht also schamlos alle ihre Versprechungen. Die Deutschnationalen sind nicht

besser als die Sozialdemokraten, die zur Zeit der Lutherregierung sich gegen jede Aufwertung wandten.

Nur die kommunistische Partei tritt für die enteigneten kleinen Sparrer und für alle diejenigen ein, die der kapitalistische Staat ins Elend stürzt. Die Kommunisten kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein aller Werttätigen und aller, die unfreiwillig arbeitslos oder arbeitsunfähig sind.

Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56

Heute empfehle ich als ganz besonders preiswert:

Besten weißen Farinzucker	p. Pfd. Mk.	—30
Würfelsucker	" " "	—40
Garantiert reines amerikanisches Schmelzschmalz	" " "	—92
Geräucherter Rückenspeck, allerbeste Ware	" " "	1.10
Rinderfett, frische Ware	" " "	—65
Kokosfett, in 500 g Tafeln	" " "	—65
Margarine, in 1/2 Pfd.-Würf., 0,55, 0,60, 0,68, 0,75, 0,95	" " "	—60
Corned beef, beste Ware	p. Pfd. Mk.	—60
6 Pfd Dose (engl. Gew.)	" " "	3.20

Wurstwaren

Holsteiner Plockwurst	p. Pfd. Mk.	1.50
do. Zerpelwurst	" " "	1.60
Leberwurst mit Fettsäcken	" " "	—80
Landleberwurst	" " "	1.30
Berliner Mettwurst	" " "	1.50
Dellkesselleberwurst	" " "	1.60
Braunschweiger	" " "	1.80
Presswurst (Spezialität)	" " "	—90
Bierwurst	" " "	1.80
Jagdurst (Spezialität)	" " "	1.50

Käsesorten

Schweizer Käse, vollsattig, gr. gelocht	p. Pfd. Mk.	1.60
Edamer Käse	" " "	1.10
Gouda Käse	" " "	—90
Allgauer Stangenkäse	" " "	—90
Dänischer Steppenkäse	" " "	1.—
Koppenkäse, Ia Qualität	" " "	1.—
Salami Käse	" " "	1.60
Tilsiter Käse, halbfett	" " "	—90
vollfett	" " "	1.40

Sardinen in Oel

konnte ich in diesen Tagen zwei große Partien hereinnehmen, deren Qualitäten in Bezug auf Fisch und Oel sich stolz auch neben feine und feinste französische Qualitäten stellen können.

Ich offeriere:

Beste portugiesische Sardinen in Oel		in Weißblechdosen, ca. 250 g schwer, mit Schlüssel	
bei 1	3	5	100 Dosen
65	64	63	62 60 58 55 Pfg.
Ia portugiesische Sardinen in bestem Oel		die Buntblechdose, ca. 200 g schwer, mit Schlüssel	
bei 1	3	5	100 Dosen
55	54	53	52 51 48 46 Pfg.

Backobstartikel

Melange-Backobst	p. Pfd. Mk.	—25, —50, —60, —80
Kalifornische Pflaumen	p. Pfd. Mk.	—40, —50, —70
Kalifornische Aprikosen	p. Pfd. Mk.	1.10 und 1.40
Kranzfeigen	p. Pfd. Mk.	—30
Sultanfeigen	" " "	—50
Amerikan. Ringäpfel, beste Ware	" " "	—78
Kalifornische Pfirsiche	" " "	—80

Verkauft und Versand nur Albrechtstraße 56.

MESS MEND

oder Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Das Walroß aus San Franzisko.

Die Morgenröthe hatten ihren Himmels an die Sonne noch nicht beendet, als der neue Sekretär des Mr. Willi auf der Terrasse erschien und an die Ausführung seiner Pflichten herantrat. Auf den Tischen lag ein Berg von Briefen, die der Generalstaatsanwalt erhalten hatte. Der Sekretär erbrauh einige Umschläge, las den Inhalt und begann in seinem Notizbuch Bemerkungen einzutragen. Paul Toost war ein Mann von Akkuratheit. Trotz des Verloren und Toten, das auf seiner ganzen Person ausgebreitet lag, zeigte seine Augen eine große Intelligenz. Er hatte schon die Hälfte seiner Arbeit geleistet, als ein mittelgroßer, schmutziger Umschlag, der nach Tabak roch, an die Reihe kam. Mit derselben methodischen Ruhe öffnete er auch dieses Kuvert und begann den Brief zu lesen, als plötzlich eine Rote sich über sein Gesicht ergoß, seine Augen ausblühten und Mr. Toost vom Stuhl aufsprang und nach einer Klingel suchte. Es war auffällig, daß keine Kammerdienerin, sondern eines untergeordneten Angestellten polnischer Herkunft entlockten. Der Regier, der auf dem Glodenschen erschien, blieb in der Tür wie angewurzelt stehen.

„Hören Sie mal!“ sagte der Sekretär in einem obrigkeitlichen Tone, den Brief in seiner Hand haltend. „Wer hat bei Ihnen die Briefe gelassen?“

„Mit Juno,“ murmelte eingeschüchtert der Regier, ihn aus weiten Augen anstarrend.

„Nun, er ist hier!“

„Mit Juno nimmt gerade ihr Nachbad,“ wogte der Regier einwendend.

„Nun, Sie sind doch ja fertig!“ sagte der Sekretär und verließ wieder in das Studium des Briefes.

„Lassen Sie die Ruhe zu einer guten Nacht, die Sie den ganzen Tag mit dem Juno beschuldigen,“ lag der Regier

Willi, sie soll aus der Milch herauskommen — der neue Sekretär erwartete sie mit Ungeduld.“

„Schafsopf,“ antwortete die Regierin, „du könntest ebenso gut jenes Salzkeßel jung nennen, mit dem sie uns füttert!“ Sie band sich das Häubchen um und ging ins Badezimmer, wo Willi in ihrer Milch lag. — mit einem fraglichen Nutzen für sich selbst, aber zum größten Gläd ihrer Nächsten, denn Willi zeichnete sich bekanntlich nicht durch Durchsichtigkeit aus.

Willi Juno war in ihrer überflüssigen Laune, aber es war der grundlegende Zug dieses köstlichen Charakters, daß sie sowohl dem lebendigen als dem toten Schicksal hartnäckigen Widerstand zu leisten wußte.

„Du sagst, er sei spät nachts fortgeritten und hätte verboten, uns zu wecken?“ fragte sie wieder ihr Dienstmädchen, die in einer Schale ein halbsüßliches Gemisch aus getrocknetem Sektrotz, Puder und verschiedenartigen Nüssen bereitete.

„So ist es, Willi,“ antwortete das gelächliche Dienstmädchen, „der Stallknecht sagt, daß der Herr so ungeduldig gewesen sei, daß er einen Reitsitz aufführte, als er auf das Pferd wartete, als man es ihm vorführte, sprang er im Nu in den Sattel und jagte davon.“

„Ja, die Eifersucht — was die nicht alles zuwege bringt!“ sagte Willi Juno nachdenklich, ihre Glieder im Nachbad redend, was ein Geräusch von Castagnellen verursachte, „ich will dir einen guten Rat geben, Dorothea: erzähle einem neuen Verehrer nie etwas von einem früheren. Das wirkt furchtbar auf ihre Eigenliebe.“

Sie schmeig ein paar Minuten und sagte dann träumerisch, den Blick auf die Dede geheftet:

„Ich habe außerdem den Fehler gemacht, daß ich mich in seiner Gegenwart so sehr über das Aussehen des Mr. Toost geirrt habe. Nein, das hätte ich nicht tun sollen.“

„Mr. Toost bittet mich,“ so schnell wie möglich auf die Terrasse zu kommen,“ sagte Paula mit atemloser Stimme, ihren schwarzen Kopf durch den Türspalt redend, „er jagte es Sam. Sam jagte es mir, und ich.“

Willi Willi ließ sie nicht zu Ende sprechen. Mit einem trümpferischen Blick auf Dorothea teilte sie mit entschlossener Bewegung die Milchhut und tauchte einer Aphrodite gleich, aus ihr empor.

Eine halbe Stunde darauf lief ein vollständiges Mädchen im kurzen Kleide, mit niedriger Mütze, auf die Terrasse hinaus.

„Kommen Sie frühmorgens, mein lieber Mr. Toost! Das

Geldstück kann warten!“ rief sie mit bezaubernder Naivität und hängte sich in den Arm des Sekretärs.

Über der Sekretär bewies eine ungewöhnliche Geduldigkeit. Er sah sie mit durchdringendem Blick an, reichte ihr einen Brief und sagte:

„Lesen Sie diesen Brief und versuchen Sie, sich darauf zu besinnen, wo Sie jenen Brief hingelegt haben, auf den sich der Verfasser bezieht.“

Willi Willi unterwarf sich unwillkürlich dem Befehl der Sekretärs. Sie las das Folgende:

„Von unbekannter Herkunft ist dieses Schreiben bei einem Hund gefunden worden, der aus Amerika in Kronstadt ankam. Der Kapitän des Dampfers „Amelie“, der Irlander Mac Atkeli, hat ihn auf die Post gegeben.“

Gleich nach diesem, mit gelbem Tabakrauch bedeckten Krabensüßen folgte der Brief:

„Dem Generalstaatsanwalt von Illinois!

Sir,
wenn Sie meinen ersten Brief erhalten und meinem Gehirnsack das Paket entnommen haben, — wird Sie die Fortsetzung dieser Kodeschiffchen Angelegenheit sicherlich interessieren. Ich halte alle ihre Fäden in meiner Hand. Ich sitze in einem Irrenhause, von dem aus sich die Schritte der Hauptverdächtige sehr gut verfolgen lassen. Sie werden mich verzeihen, wenn Sie meine Befreiung aus der Zelle Nr. 132 veranlassen.“

Robert Droot.“

Willi Willi ludte ungeduldig die Äpfel.

„Sieher, Mr. Toost, das ist doch ein Verriäter! Ich begreife nicht, daß man Briefen von Verriätern eine solche Bedeutung beilegen kann.“

„Sagen Sie mir, wo Sie den ersten Brief des Verfassers gelassen haben.“

„Ach, was für ein Quälgeist Sie sind! Dort in jener Kiste liegen buchstäblich alle Briefe, die aus Sanas Namen eingetroffen sind. Wenn Sie Lust haben, kramen Sie die Kiste aus und beschäufigen Sie sich damit, so viel Sie wollen.“

Paul Toost ließ sich das nicht zweimal sagen. Trotz der Delegation von vier Regieren, die ihn dreimal zum Frühstück bat, — blieb er an der Kiste sitzen, bis der Tag zur Hälfte im War

(Fortsetzung folgt.)

Ein gewissenloser Krankenkontrolleur ist Herr Scholz, welcher nebenbei Arzt zu sein, die den Stadtkranken macht. Das beweisen zwei Fälle in Weidau, wo er willkürlich falsche Angaben gemacht hat, um die Kranken um ihr Krankengeld zu bringen, was ihm aber nicht gelang. Bei einer Beschwerde gegen Scholz von einem Kranken wurde dieser wegen angeblichem Ton zurückgewiesen und somit Herr Scholz für seine falschen Angaben weiter unter Schutz genommen. Wir als Arbeiter haben auch weitere Interesse daran, wie lange Herr Scholz noch gewillt ist, von anderen Gelder heranzulassen, um damit deutschpöhlische Propaganda zu betreiben.

Strohbel vom Reichsbanner. Was die Strohbel-Redaktion für eine Kampforganisation ist, beweist uns der vorige Sonntagabend. Wie immer Theater, Tanz und anderer Klumpen, das sind die Kampfmethoden der SPD. Die Internationale und andere proletarische Vordenker hörte man die ganze Nacht nicht, aber dafür konnte man ein regelhaftes Begeben der betrunkener Reichsbannerler wahrnehmen. Arbeiter und Jungarbeiter von Strohbel und Umgebung, wie lang wollt ihr noch

solchen Klumpenorganisationen angehören? Macht es so wie eure Arbeitkollegen: Lasset euch in die KPD, werdet Mitglied der KPD, Hilfe und des roten Frontkämpferbundes. Nur die KPD ist eine Kampftruppe, sie allein vertritt die Interessen der Ausbeuteten und Unterdrückten.

Kommunistische Überantisten.

Meldet euch, bitte, sofort bei dem unterzeichneten Genossen an Orten, wo einige kommunistische Überantisten sind, sendet eure Adressen und Namen zusammen ein. Wegen der Notwendigkeit dieser Zeit ist mir zu sagen, daß Erfahrungen beweisen haben, daß Arbeit durch Esperanto, gemäß der entsprechenden Verhältnisse, die wirksamste ist. Die kommunistische Fraktion des S.-U.-Bundes (Intern. Prolet. Esperantisten-Bund) beabsichtigt nicht, wie ja alle Fachgruppen auch, unsere Organisation irgendwie zu beherrschen, sondern nur durch Fraktionsarbeit die Aussichten eines Erfolges bei der „Komintern“ zu vergrößern. Keiner laßt, daß von ihm selbst der Erfolg nicht abhängt. Jeder laßt: direkt von mir, von meiner Mit-

arbeit hängt der Erfolg ab. Deshalb tue jeder kommunistische Esperantist ausnahmslos und ohne zu zögern, seine Pflicht um befriedigende Resultate bei der Komintern zu erreichen!

Kommunistische Fraktion
aus den Mitgliedern des S.-U.-Bundes
J. H. Otto Bähler, Leipzig, Oberstraße 24.

In die Berichterstatter.

Wir bitten die Berichterstatter, nur einseitig und mit Zinsen zu schreiben. Dadurch wird die Arbeit der Redaktion und der Seher erleichtert.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Interate: Artur Müller, Breslau.
Verlag: Schließche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Neudruck-Berlin, Bruderkellstraße Breslau.

Veranstaltungskalender.

Kreisler Kreisler. Sämtliche Genossen (in beiden Richtungen) am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Geistliche Sämtliche Genossen und Genossinnen am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Uebung Parte- und Jugend. Die Parte- und Jugendgruppen haben regelmäßig an dem Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

IRH. Besprechung der IRH am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Freizeit. Besprechung der Freizeit am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Breslau. Besprechung der Breslau am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

17. Besprechung der 17. am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Gründungs. Besprechung der Gründungs am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Differenz. Besprechung der Differenz am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Uebung. Besprechung der Uebung am Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Andere Organisationen

17. Sonntag, den 2. d. M., Besprechung im Saal des Reichsbanners, um 8 Uhr abends zur Vorbereitung der Arbeit.

Kein Laden. 3. Etage.

Große Geldersparnis beim Einkauf von

Damen-Konfektion

direkt ab Fabrik. Entzückende Neuheiten

Mäntel u. Kostüme

- von einheimischen u. elegantesten Gewebe
 - Sommermäntel (Cordé) v. 975
 - Noppenmäntel von 975
 - Covercostmäntel - 1400
 - Tuchmäntel 125 lg. - 1800
 - Kostüme - 1500
 - Mädchenmäntel 1/2 - 550
- steigend p. 5 cm 30 Pf.

Rips, Gabardine, Alpaka-

Mäntel und Kostüme in größter Auswahl und zu bekannt billigsten Preisen.

Wohl & Alexander

Damen- u. Mädchenmädlerfabrik Am Rathaus 25

gegenüber Gerson & Fräkel

Vorzüger dieses Interests erhalten Extra-Rabatt.

Hilmar Hamburger

Offertiere:

- Herrenanzüge 32, 28, 22, 20
 - Kinderanzüge 8, 7, 5, 3
 - Fertiger Züchen-Anzug 9, 8
 - Gardinen Kleider 9, 95
 - Konfirmationsanzüge 24, 22, 18
- Friedrich-Wilhelmstr. 88

Die Not

ist groß. Um ihr entgegen zu wirken und um es jedem zu ermöglichen, sich mit Kleidungsstücken zu versehen, haben wir uns der heutigen Lage angepaßt und verkaufen nach einem zeitgemäßen System der

Kreditgewährung

Bei Anzahlung können die Sachen sofort mitgenommen werden. Die Ratenzahlung bestimmt der Käufer. — Ich empfehle:

Herren-Bekleidung:
Anzüge, neueste Modell, in allen Preislagen
Mäntel, Ulster i. schw. u. Übergangs-Qual, Gab., Gummi- und Lodenmäntel
Paletots mit und ohne Sammettragen

Damen-Bekleidung:
Mäntel mit u. ohne Pelz
Kostüme in allen Farben
Gesellschafts-Kleider
Mantel-Kleider

Bekleidungs-Haus „HELIOS“

Herren- und Damen-Garderobe
Breslau, Gartenstraße Nr. 36
gegenüber dem Konzerthaus — Fernsprecher Ring 2546

Lieblich-Theater

Täglich 8 Uhr
Die große Tauchsenfation
Kapitän H. Wintons tauchende Seelöwen und Nymphen
und das glänzende Varietéprogramm

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2546
Sende 8 Uhr:
Cio Cio
oder
Der Schrei nach dem Kinde

Bettbezüge
Bettlaken, Gajlets, Handt., Genden, Unterbetten, fertige Betten
Preis gut und preisw.
Lohnhaus
Trennitzer Straße 21.

Kaufhaus am Dom

Billigste Bezugsquelle aller Artikel für Haus u. Küche

größte Auswahl in allen Abteilungen

Herrn. Sachs Nachf.

Adolbertstraße 20

Die schönsten Anzüge

in allen modernen Farben
Paletots, Kammgarn und Breches
Hosen, Gummi-Mäntel, Arbeits-Sachen
finden Sie zu billigsten Preisen

nur im Konfektionshaus
„Zur großen Zentrale“
Oderstraße 7

Raufer Nachf.

Breslau
Hofstraße 16
Telephon Ring 2166

Holz- und Säbengeräte
Eisen- und Stahlwaren

Rex

Arbeiter-Höftung! Arbeiterfrauen!

12 Kisten . . . 2 Pfd. Mk. 1.—
Prima Backpulver . . . 2,85
Spekulaaden 100 g à Café - 0,35

Bestellungen von 5 Pfd. an, Verpackung und Porto frei gegen Nachnahme. Ein Besuch lohnt sich bei dauerhafter Kundenschaft.

Bestellungen richten sofort an
Erich Schiller, Müllersbach Markt 72
(Danzig-Postfach 6. 456)

Verbraucher-Zuschuß 3/4 % Liter 3,00
best. Qualität . . . 3,50
best. Qualität . . . 3,10
best. Qualität . . . 3,60
best. Qualität . . . 4,00

Carl Lorenz, Müllersbach Markt 21
Kolonialwaren und Destillationen

In wenigen Tagen erscheint:
Materialien über den Stand der Bauern-Bewegung
in den wichtigsten Ländern von Eugen Darga

Wichtig für die systematische Arbeit der Kommunisten auf dem Lande

178 Seiten — Preis 1,20 Mk.

Verlag Carl Hohm Nachf.
Berlin NW. 6, Luisenstraße 27/28

Schallplatten Bergmann

Breslau I, Karlsplatz 1, 2
Spezialgeschäft — Tauschzentrale
Neue Platten Mark 250 und 331
Tausche jede spielbare Platte
s. eine andere bei Zuschlag von 20 Prozent an.

Fries-Brat „Edelweiß“

Woll- und Silberwaren
in hoher Qualität
Fritz Grieger, Mehlgalle 30

Einem neuen Leser, Genosse!

Aus der Provinz

Das Wohnungselend des Proletariats

wurde durch Verhandlungen im Frankfurter Stadtparlament wieder einmal grell beleuchtet. Bei der Begründung einer Vorlage zwecks Vergabe eines Darlehens für Baustoffen wurden der Verammlung folgendes Tatsachenmaterial unterbreitet:

An der Gartenstraße soll seitens der Stadt ein Achtfamilienhaus und an der Peterwälder Chaussee als Abschluss der Siedlung Friedenshort ein Sechsfamilienhaus errichtet werden. Die Gesamtbaukosten sind mit 114.600 Mark veranschlagt, wovon seitens der Stadt etwa 56.000 Mark durch Darlehen aufgebracht werden müssen. Trotz Vermehrung der dreiprozentigen Hauszinssteuer sind die Mieten sehr hoch. Dreizimmerwohnung monatlich 82 M., Zweizimmerwohnung 34 M., dazu das dazugehörige Nebengelände sowie 450 Quadratmeter Gartenland. Bei der Wohnungstrage wurde darauf hingewiesen, daß die Wohnungsverhältnisse nach einer neuerdings aufgenommenen Statistik des Kreismedizinalrates Dr. Willmesky, von welcher 622 Volkshauskinder erfaßt wurden, in unserer Stadt ganz besonders übler Natur seien. 3/4 ein Geschlecht der Spülkinder wohnen in einem Raum (der als Koch-, Wohn- und Schlafraum gilt) mit über 4-14 Personen gemeinsam. Ein großer Teil der Kinder leiden das Welt mit Kindern anderen Geschlechts. Manche haben überhaupt kein Bett oder schlafen zu viert in einem Raum.

Die neuen mit städtischen Darlehen gebauten Wohnungen sind für die Proletarier unerschwinglich. Uebersteigt doch der Mietpreis für eine Zweizimmerwohnung oft das Monatslohn des Arbeiters und für das Zweizimmerquartier müßte er ein Drittel bis die Hälfte seines Einkommens opfern.

Das ist die Folge bürgerlich-sozialdemokratischer Wohnungspolitik in den Gemeinden.

Die Proletarier werden also in den Wohnhöhlen haufen und fürchterlich und geistig verkommen. Die Proletarierkinder werden dank dieser Wohn- und Schlafverhältnisse den Todeskeim empfangen.

So will es die kapitalistische Gesellschaft. Alle Mieter, die Steigerung des Mietswuchers und Aufhebung der Zwangsrenten wollen, wählen Jarres. Das ist nicht nur der Kandidat der Schlotzruher, sondern auch der Vertreter des Mietswuchers.

Wer aber fordert, daß die Besitzenden aus ihren Palästen herabgelassen werden und die Proletarier in menschenwürdigen Wohnungen untergebracht werden, der stimmt für Thälmann und die proletarische Revolution.

Raufunger Arbeiter vor Gericht.

Am Sonnabend, den 21. März befaßte sich das Schwurgericht Hirschberg mit den Raufunger Vorgängen aus dem Oktober 1923. Angeklagt waren 18 Arbeiter, denen Zusammenrottung und Gewalttätigkeiten gegen Landwirte zur Last gelegt wurde. Die Angeklagten waren bis auf einen nicht vorbestraft. Auch bei diesem einen handelte es sich um Vergeben, die auf die allgemeine Notlage der Arbeiterschaft zurückzuführen sind.

Bei Eintritt in die Verhandlung entwarf der Vorsitzende ein Bild vom Oktober 1923: Inflation, Hungerlöhne, Not und Elend. Die unermessliche Folge dieser Zustände waren unzählige Gerichtsprozesse. Das Gericht darf diese Tatsachen nicht verkennen; denn die Ursachen lassen die Straftaten menschlich begreifen. Es schwärzten damals Gerichte umher, daß die Landwirte sich zu befeindeten Selbstschutzorganisationen zusammengeschlossen hätten. Dieses regte die Arbeiter sehr auf. In einer Versammlung der Landwirte war sogar die Auehierung gefallen: „Waisen sind genug da.“ Gewalttätigkeiten sind jedoch unter allen Umständen zu verwerfen.

Die Angeklagten betritten sich aktiv an den Mißhandlungen beteiligt zu haben. An der Zusammenrottung haben sie sich beteiligt. Einige gaben zu, in dem Garten von Matwald gewesen zu sein. Sie konnten nicht angeben, wer und auf wen eingeschlagen wurde.

Fast 30 Zeugen waren geladen. Vernommen wurden nur die wichtigsten. Keiner, auch nicht die Mißhandelten, konnten angeben, ob und von wem die Angeklagten sich aktiv an der Schlägerei beteiligt hätten. Der Zeuge Scholz behauptete, der Angeklagte Springer habe auf den Gutsherrn von Bergmann geschlagen. (In einer früheren Vernehmung behauptete derselbe Zeuge, Springer habe auf den Gutsherrn Reichner eingeschlagen.)

Der Angeklagte Switalla behauptet, der Oberlandjäger Guntter habe das Protokoll über seine Aussagen gefälscht. Nach einer Gegenüberstellung und Vorlesung des fraglichen Protokolls bleibt der Angeklagte bei seiner Behauptung. Der Rechtsanwalt Schrein (SPD) stellt fest, daß die Polizeibehörden sehr oft die Freiheitskette zu stark „silenzieren“.

Die Zeugenvernehmung hatte nichts Wesentliches hervorgebracht.

Der Staatsanwalt hielt bei einigen Angeklagten grobe Mißhandlungen für erwiesen, deshalb sei es Pflicht des Gerichts, sie zu bestrafen. Für den Angeklagten Jäger, einen Mann von 64 Jahren, beantragte er 9 Monate Gefängnis, weil dieser Angeklagte einen brutalen Eindruck machte. Für die Angeklagten Büchmann, Habelang, Menzel, Springer, Beier und Konrad Kubus beantragte er Gefängnisstrafen von 3-6 Monaten. Für die übrigen Angeklagten beantragte er Einstellung des Verfahrens, da die Vergehen aus Lebensmittelmangel zurückzuführen seien. Den Angeklagten Karl Berger hat er freizusprechen.

Als Verteidiger traten Schrein und Simon auf. Die in ihren Ausführungen nochmals auf das Elend des Herbstes 1923 eingegangen und die Ursachenhaftigkeit der Belastung nachwies.

Das Urteil lautet:

Das Verfahren gegen die Angeklagten Ganger, Schmitt, Sechner, Klein, Kubus, Switalla, Paul und Richard Weberschad, Beier und Sommer wird eingestellt.

Jäger erhält 9 Monate Gefängnis.
Büchmann und Habelang erhalten je 6 Monate und Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928.
Bei den übrigen müssen weitere Zeugen geladen werden, wovon ein neuer Termin anberaumt wird.

Gemeindevertreterwahl vom 19. März zu Sellhammer.

Kommunistische Anträge für die Erwerbslosen.

Die Sitzung wurde durch den Gemeindevorsteher eröffnet und über zu den eigentlichen Punkten übergegangen wurde, gerade die Gemeindevorsteher durch Erheben von den Plätzen der Beteiligten in der Reihenfolge nach der vorhergehenden Reichspräsidentenwahl. Genosse Scholz gab die Erklärung ab, daß er sich nicht an Ehren der vernünftigen Bergarbeiter von dem

Blage erhebe, nicht aber wegen der Lagen und Verdienste Oberis gegenüber der Arbeiterschaft, denn gerade der Magdeburger Prozeß, die Ausnahmeordnung usw. haben gezeigt, daß es nicht so ist, wie es den Arbeitern vorgebildet werden soll und der 29. März wird es zeigen, ob die Arbeiterschaft mit all diesen einverstanden gewesen ist. Genosse Scholz wurde von dem bürgerlichen Vertreter Doms zur Ordnung gerufen, daß hier keine Wahlversammlung sei. Abdann gab der Gemeindevorsteher die Tagesordnung bekannt und führte aus, daß unter anderem noch ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen vorliegt, welcher dann nach der Tagesordnungspunkte erledigt würde. Genosse Scholz stellte den Antrag, daß dieser wichtige Punkt zuerst behandelt werden sollte — aber ohne Erfolg. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß infolge der schlechten finanziellen Lage die Gemeinde drei Mehrstellen und zwei Gemeindegaststätten abgebaut werden müssen.

Auf Antrag des Zweigausschusses für deutsche Jugendherbergen um Gewährung von 5 Wg. Jahresbeitrag pro Einwohner wurden 100 Mark bewilligt. Die Beschlussfassung über vorläufige Höhe der Zuschläge der Realsteuern ab 1. April 1925 löste eine längere Debatte aus. Der Vorsitzende trug sich mit dem Plan vorläufig die alten Sätze weiter einzulassen: 200 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, 400 Prozent zur Gewerbesteuer und 100 Prozent zur Mietszinssteuer. Unser Genosse Scholz wies darauf hin, daß er bereits im September die Erhöhung der Mietszinssteuer bekämpfte und lehnte diesmal ebenfalls ab. Auch die übrigen Gemeindevertreter wiesen nun darauf hin, daß sie damals diesen 100 Prozent Mietszinssteuerrückschlag unter dem Hinweis ausgemittelt haben, daß sofort äußerste Sparmaßnahmen zu ergreifen sind, damit diese Steuer sobald wie möglich wieder in Wegfall kommt, spätestens aber am 31. März 1925.

Daraufhin wurde dieser Zuschlag abgelehnt. Unter Punkt „Wassersteuer“ wurde vom SPD-Vertreter Bed der Antrag vertreten, daß künftig wieder die Invaliden, Witwen und Dehrlinge mit einer 50prozentigen Wassersteuer belegt werden. Gegenwärtig sind die Betroffenen von dieser Steuer befreit. Gemeindevorsteher Jäschke erwiderte diesen Antrag. Begründung: da im vorherigen Punkte die 100 Prozent Mietszinssteuerrückschlag abgelehnt wurden, so müßte er jetzt 100 Prozent Wassersteuer von den Witwen, Invaliden und Lehrlingen verlangen. Diesen Ausführungen trat Genosse Scholz mit der Begründung entgegen, daß sich seit der Einführung der Mietszinssteuer die Verhältnisse nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. Genosse Scholz führte weiter an, daß sich auch die Lage der Invaliden und Witwen ebenfalls noch nicht gebessert hat, und bei den Lehrlingen muß der Vater wieder in die Tasche greifen. Die Steuer für diese Personen lehnte unser Genosse ab. Von den übrigen Vertretern wurde eine 50prozentige Steuer beschlossen. Weiter wurde von unserem Genossen erklärt, bevor der Arbeiterschaft nicht ein auskömmliches Existenzminimum gesichert ist, lehne er jede weitere Erhöhung der Steuern überhaupt ab. Wenn für Schieber und Unternehmer Millionen übrig sind, muß auch für die Arbeiterschaft was übrig bleiben. Zuletzt wurde der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen behandelt, welcher zunächst vom Vorsteher bekanntgegeben wurde. Die Forderungen waren folgende:

1. Sofortige einmalige Auszahlung einer Beschaffungsbeihilfe für Verheiratete 12 M., für Ledige 8 M.
2. Pro Woche für jede arbeitslose Familie ein Zentner Kohlen.
3. Pro Woche je ein Brot für Erwachsene und Kinder.
4. Pro Monat einen Miets- resp. einen Logiszuschlag von 4 M.

Unser Genosse Scholz beantragte sofortige Beschlussfassung in Anbetracht der großen Notlage der Erwerbslosen, da diese Forderung eine berechtigte ist. Vom SPD-Sozialen Frieder wurde erklärt, daß es von kommunikativen Anträgen in allen Stadt- und Gemeindevertretungen hiegt. Anträge über Anträge für die Erwerbslosen werden eingebracht, und das sei nur eine Wahlmanöver. Wir können nicht in der Gemeinde einen Krämerladen aufmachen. Zu bemerken ist, daß von der bürgerlichen Fraktion der Gemeindevorsteher Jänger mehr Verständnis für die Erwerbslosen bewies. Der Antrag wurde dann dem Fürsorgeausschuß überwiefen.

In einer vorhergehenden Sitzung wurde festgestellt, daß im neuen Haushaltsset für 1925 eine Summe von 75.000 M. ungedeckt bleiben wird und man wieder nachsehen wird, diese Summe aus der Arbeiterschaft herauszurufen. Hier entwirft sich wiederum die SPD als Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Sellhammer. Öffentliche Anfrage an den SPD-Mann Erbe. Am Sonnabend, den 21. März kam in den Parkierladen von Jung und siehe da, die Kommunisten hatten ein Plakat zur Demonstration für Sonntag anbringen lassen. Als dies zufälligerweise der SPD-Mann Erbe zu sehen bekam, wurde dieser von einem Anfall befallen, indem er äußerte: „Best haben sie die Arbeiter ins Unglück geführt, und nun wollen sie die Arbeiter zu einer Demonstration“.

Hierauf richten wir an Herrn Erbe die Frage:

Wer hat die Arbeiter ins Unglück geführt? Wer hat sie vom Kampfe abgehalten, und wer ist ihnen bei den Streiks in den Rücken gefallen?

Es war noch gerade Herr Erbe und Hielscher aus der zahllose Sellhammer, welche erklärten, wenn es die wirtschaftliche Notlage erfordert, müssen wir die längere Arbeitszeit annehmen. Vielleicht hat Herrmann dies vergessen.

August Winkler.

Rangensielau. Ueber den roten Präsidenten und arbeitende Volk sprach am Sonntag nachmittag Genosse Tombrowski. Breslau in einer sehr gut besetzten öffentlichen Versammlung. Der Referent behandelte die Persönlichkeiten der Kandidaten und ihre politischen Programme.

Wer für Jarres stimmt, wählt den Kandidaten der Schwerindustrie und des Junkerturns. Marx, Sellbach, Held sind ebenfalls Vertreter des Kapitalismus. Ludendorff kandidiert, um sich nach gründlicher zu blamieren als bisher. Braun ist der Vertreter der großen Koalition und will in „Ebert-Bahnen“ wandeln. Das arbeitende Volk aber hat genug von Ebert (Stürmische Zustimmung). Es verlangt Schluß mit der Ebertpolitik. Schluß mit dem bürgerlichen Parlamentarismus und der Scheindemokratie, die der größte Betrug am Proletariat ist.

Der Oktober 1923, der Einmarsch der Reichsarmee in das rote Sachsen und die belkommene Passivität der Reichsregierung gegenüber dem monarchistischen Bayern müssen dem letzten Arbeiter die Augen über den demokratischen Betrug öffnen.

Mit einem Appell für den roten Arbeiterkandidaten zu stimmen, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

An der Diskussion beteiligten sich nur einige Genossen und Parteimitglieder, die dem Referenten beistimmten.

Die Besammlung endete mit einem guten Erfolg für die kommunistische Partei.

Breslau

A. J. B. und Jungturm.

Sämtliche Gruppenführer haben bei Kamerad Dreife, Friedrich-Wilhelm-Strasse 82, am heutigen Freitag, abends 6 Uhr,

wichtiges Material

abzuholen.

Der Demonstrationssonntag.

Von einem Teilnehmer.

Sonntagmorgen. Ein mit Schnee vermishter Regen fällt vom Himmel, verwandelt die Straßen in Pfützen. Mit hochgeschlagenem Kragen gehe ich nach meinem mir zugewiesenen Sammelplatz. Ich wollte der erste an meinem Standort sein, aber einige, welche immer die ersten sind, waren schon da. „Mieses Wetter“, sage ich. „Ach wegen dem“, antworten mir zwei Stimmen. Bald kommt ein Jugendgenosse mit der roten Fahne. Mit hohen Gesichtern wird das rote Tuch entfalt. Die Spießer schauen verwundert über den mit Köpfen besäten Raumarkt zu den Fenstern heraus und eine geheime Angst kauft ihnen über den Rücken, als sie die roten Fahnen erblicken. Aber ihre Gesichter hellen sich auf, als um die Ecke ein Heer von Schutzpolizisten auftaucht, geführt von einem Kommissar. Er wählt den ganzen Platz umstellen und trägt dadurch zur Beherrschung des Bildes mit bei. (Wegen den halbverhungerten Proleten gönnt man den armen geplagten Schutzpolizisten nicht mal die Sonntagstube für 84 Mark Monatsgehalt.)

„Genossen formieren“, ertönt der Ruf, und eine Minute später, zur festgesetzten Zeit, marschieren der Zug in tadelloser Ordnung, an der Spitze der Rote Jungturm, durchs Innere der Stadt nach dem Kohplatz. Am Kohplatz: Schutzpolizei in Bereitschaft! Unsere Führer sind schon anwesend, als wir als die ersten antreten.

Jung-Spartakus führte den Demonstrationzug durch die Straßen Breslaus nach der Lohstraße. Trotz zerissener Schuhe und mangelnder Bekleidung langte der Zug in derselben Stärke am Lohesriedhof an, und die schwermütigen Weifen des russischen Trauermarsches ertönten über den sonst so öden Platz...

Der Schritt der Arbeiterbataillone

dröhnt über dem Plaster!

Die Frauen und die Präsidentschaftswahlen

Am Sonntag, den 22. d. Mts. fand in Stabekrich bei Breslau eine öffentliche Frauenversammlung der SPD. mit obigem Thema statt. Der Arbeitergefangenen eröffnete die Versammlung, Ehe die Genossin Kupke-Breslau das Wort ergriff, forberte der Vorsitzende die Anwesenden auf, zu Ehren der gefallenen Märtyrinnen sich von den Plätzen zu erheben.

Genossin Kupke brandmarkte die Hallenser Vorgänge und den dortigen Arbeitermord. Der Monat März ist ein Monat der historischen Bedeutung der Arbeiterklasse geworden ist. Sie ging von der Pariser Kommune aus bis zum mitteldeutschen Aufstand. Besonders behandelte sie den internationalen Frauentag ein, der wohl die größte Bedeutung hat.

успехом, который мы хотим, мы хотим, мы хотим.

März war der Auftakt der russischen Revolution.

Die Revolution in Russland hat die Frau von der jahrhundertelangen Knechtschaft befreit. Das müssen selbst bürgerliche Frauen und Christinnen zugehen. Genossin Kupke schilderte die ungeheure Verflämung der Frau in den kapitalistischen Ländern und wies auf die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen hin. Die Wahl Jarres bedeutet imperialistischer Krieg, die Millionen Stimmen für Thälmann sind ein Bekenntnis zur proletarischen Revolution. Die arbeitenden Frauen müssen für Thälmann stimmen. Zum Schluß forderte Genossin Kupke die Anwesenden auf, die bürgerlichen Zeitungen aus den Proletarierwohnungen herauszuwerfen und die „Schlechte Arbeiterzeitung“ zu lesen.

Mehrere Abonnenten und Parteiaufnahmen waren der Erfolg der Versammlung. Es wurden auch eine große Anzahl illustrierter Arbeiterzeitungen verkauft.

Mit dem Rotgardistenmarsch wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Arbeiterradioclub.

Man schreibt uns:

Ein neue sozialdemokratische Einrichtung ist der Arbeiter-Radioclub, dem auch Mitglieder des Arbeiter-Mandantenclubs angehören. Dieser Club soll die Aufgabe haben, die Arbeiterschaft durch Arbeiterlieder und Rezitationen zu erfreuen. Doch das Fleisch ist zwar billig, aber der Geist ist schwach; denn durch revolutionäre Lieder und Rezitationen, durch Radio gebracht, würden sie das feine Ohr ihrer bürgerlichen Freunde und Ökner verletzen.

Von einem Mitgliede des Clubs wurde angeregt, die „Internationale“ zu bringen. Der Vorsitzende des Mandantenclubs, der Sozialdemokrat Beikert jr., hat wohl versprochen, das zu versuchen. Wir sind aber der Überzeugung, daß sich der ehrenwerte Sozialdemokrat nur versprochen haben wird. Sie werden nichts tun, was sie als Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie in Mißkredit bringen würde. Denn das widerspricht auch ihrer schwarz-rot-goldenen Gesinnung. Wir Arbeiter aber sind der Meinung, trenn unger Ohr oftmals von Friederikuss-Red-Märchen und anderen nationalitätlichen Rummel überfallen wird, wir auch das Recht haben, revolutionäre Lieder und Rezitationen zu hören.

Die Geschäftsräume der städtischen Steuerabteilung 7 werden am Sonnabend, den 28. März, von Friedrichstraße 3 nach Gartenstraße 3, ersten Stock, verlegt. Die Zahlstelle bleibt daher an diesem Tage für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Wir erluchen, alle für die Steuerabteilung 7 bestimmten Abgaben von Montag, den 30. März, ab in den neuen Räumen, Gartenstraße 3, zu entrichten.

Die städtischen Brausebäder werden von jetzt ab an den Werktagen Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag abends eine Stunde länger, also bis um 8 Uhr abends, offengehalten werden und am Sonnabend schon um 10 Uhr und Sonntags schon um 7 Uhr geöffnet sein. Damit soll den kaufmännischen Angestellten die Benutzung der Bäder erleichtert und das überlange Warten an den Tagen des stärksten Bedarfs (Sonnabend und Sonntag) vermieden werden.

Es gibt nur einen Arbeiterkandidaten: Ernst Thälmann!
Kommunistisch wählen heißt, sich zum Klassenkampf betennen.

